

Sinzinger Windräder sind umstritten

STROM Die Meinungen zum geplanten Windkraftprojekt sind gespalten. Befürworter und Gegner tauschen ihre Argumente aus.

Wir alle brauchen erneuerbaren Strom

Die Energie, die im „flammenden Widerstand“ steckt, sollte in Strom umgewandelt werden, dann wäre man bei der Energiewende schon einen Schritt weiter. Zu sagen, dass man grundsätzlich für die regenerative Energie wäre, aber man den Standort bei sich nicht für geeignet hält, dass also andere woanders ihren Beitrag zur Energiewende leisten sollen, wirkt auf mich wenig glaubwürdig. Sich hinter dem Argument der „unberührten Landschaft“ zu verschanzen, ändert daran nichts. Verweilen wir weiterhin in der allgemeinen Blockadestellung gegen den Ausbau von erneuerbarer Energie vor Ort, leisten wir unseren Beitrag nicht zur Energiewende, sondern sorgen womöglich dafür, dass der Kohleausstieg weiter in Zukunft verschoben wird und wir Atomstrom aus dem Ausland beziehen müssen. Durch viele Gespräche mit der „jungen“ Generation aus der Gemeinde Sinzing habe ich nur positive Rückmeldung für den Bau der Windkraftanlagen sowie anderer Bauprojekte für erneuerbare Energie erhalten. Mit dem Bau der Windkraftanlagen wird die Landschaft verändert, doch wird dadurch erneuerbarer Strom gewonnen, den wir alle brauchen und verwenden, weshalb ich den Ausbau der regenerativen Energie unterstütze. Wir alle müssen einen Beitrag für die Energiewende leisten und die Gemeinde Sinzing kann dazu ein Vorbild sein.

Jonas Schwindl, Viehhausen

Sinzing in der Windkraft-Falle

Ein „weiter so“ kann es nicht geben. Wenn wir glauben, dass es reicht, unseren wachsenden Energiebedarf durch neue Windparks zu decken, laufen wir sehenden Auges in die Falle. Es kann nicht sein, dass wir jetzt auch noch unsere Landschaft in den Dienst unseres maßlos wachsenden Energiehungers



Das Windkraftprojekt in Sinzing ist umstritten.

FOTO: OLIVER BERG/DPA

stellen. Dadurch wird der weltweite CO₂-Ausstoß nicht sinken. Wir müssen uns schlicht verabschieden von unserem Anspruch an ein Leben im Luxus und der Verschwendung. Mit dem, was unter dem Vorwand des Umweltschutzes angerichtet wird, muss hart ins Gericht gegangen werden: „Eine brutalere Zerstörung der Landschaft, als sie mit Windkraftträdern zu spicken und zu verriegeln, hat zuvor keine Phase der Industrialisierung verursacht.“ (B. Strauß). Dass wir meinen, unsere Landschaft „energieerzeugungsgerecht“ mit Windkraftanlagen bestücken zu müssen, erinnert mich an die 50er-Jahre. Damals wurde das Ziel ausgegeben, die Städte autogerecht umzubauen. Eine

rot-weiße Sperrbake an der Kreuzung Donaustauer Str./Frankenstr. erinnert noch heute an diesen Irrsinn. Ich bin froh, dass damals eine Initiative in Regensburg entstand, die den Wert der historischen Altstadt erkannte und diese Planung sowie den Beton-Auto-Ring über die Donau und vieles andere verhinderte. Gott sei Dank gibt es einen Denkmalschutz – für die Städte. Auch wenn dieser manchmal Blüten treibt, wie bei den verhinderten Solaranlagen in der Ganghofer Siedlung. Aber wo bleibt der Schutz für die Landschaft? Ich bin der Bürgerinitiative in Sinzing für ihre Arbeit dankbar und finde es fantastisch, dass es gelungen ist, in so kurzer Zeit über 1000 Bürger und Bür-

gerinnen zum Mitmachen zu bewegen. Hoffentlich hat die Initiative Erfolg! Denn sonst könnte ein weiteres Stück Landschaft schlicht ihrer Poesie beraubt werden. Und Landschaft ist wie die Poesie definitiv nicht ersetzbar, auch nicht durch mehr oder weniger willkürlich festgesetzte Ausgleichszahlungen an den Bayerischen Naturschutzfonds durch den Windkraftbauer. Landschaft erfahren heißt für viele Menschen Kraft schöpfen. Dafür setze ich mich ein.

Rainer Donhauser, Haugenried

Demokratischer geht es nicht

Die 10H-Regelung für Windkraftanlagen ist keine Mindestabstandsregelung, sondern als Entprivilegierung eine Verneigung vor der Demokratie. Denn 10-H bestimmt, dass nur bei einem Abstand von mindestens dem 10-fachen die Anlage ohne Beteiligung der örtlichen Betroffenen privilegiert errichtet werden darf. Bei einem geringeren Abstand kann das Baurecht nur noch mit einem Bebauungsplan der Standortgemeinde geschaffen werden. Und das ist gut so: Ein Bebauungsplanverfahren ist ein öffentliches Verfahren, in dem alle Bürger beteiligt werden. Hier gibt es kein „Aushebeln“, „Umgehen“ oder „darüber hinwegsetzen“ von Vorschriften. Sogar der Weg zum Bürgerentscheid bleibt offen. Demokratischer geht es nicht.

Bernhard Bartsch, Sinzing

Politiker entfremden sich von den Bürgern

Wir erleben auf allen politischen Ebenen eine zunehmende Entfremdung der Bürger von der Politik und deren Entscheidungen. Aber leider ist das nicht nur auf den oberen Ebenen der Fall. Auch auf der kommunalen Ebene wird nicht anders gehandelt. Beispiel sind die geplanten Windräder in den Wäldern bei Kohlstadt. Zuerst rodet man den Wald bevor positive Entscheidungen getroffen sind. Dann bekommt man Probleme mit der Nachbargemeinde, verliert vor Gericht und muss dann von einem Windrad Abschied nehmen. Aber jetzt setzt man auf die Naivität der eigenen Gemeindeglieder. Anstatt mit den Bürgern offen zu kommunizieren und zu diskutieren, fällt

man im Gemeinderat einfach Entscheidungen, Bebauungsplan ändern, Windräder auf 250 Meter erhöhen, Mindestabstand nicht einhalten – es wird schon alles passen. Aber da hat man sich verrechnet, der Bürger rund um Viehhausen wehrt sich und das wird zum nächsten Bürgerentscheid führen und das Ergebnis wird sein: Die Windräder, im Normalfall eine tolle Sache, werden nicht gebaut! Was lernt man daraus, zumindest wenn man kein Politiker ist? Mangelnde Offenheit führt zu massiven Vertrauensverlust in die Politik und deren Entscheidungen und gerade das können wir uns in der jetzigen Zeit am allerwenigsten leisten! Politik auf allen Ebenen sollte eines begreifen: „Der mündige Bürger lebt!“

Thomas Schmid, Sinzing/Alling

Energiegewinnung: Wo sind die Alternativen?

Sinzing war mal eine führende Gemeinde für regenerative Energien. Doch aktuell gibt es den Vorstoß, all das zunichtezumachen. Nach der Bürgerinitiative zu einem geplanten Solarfeld gibt es Anstrengungen für ein Bürgerbegehren gegen die geplanten Windräder. Ich hätte gerne von beiden Initiativen einen echten Vorschlag für Alternativen zur Energiegewinnung gehört. Stattdessen lese ich immer nur „ich bin ja nicht gegen Windkraft/Solarenergie“, aber eben nicht hier. Wenn dann der Strom aus anderen Gegenden herangeschafft wird (Stromtrassen), steht die nächste Bürgerinitiative am Start. Jede Art der Energiegewinnung hat ihren Preis. Und mit dem Erbe der Stromerzeugung aus Atomkraft können sich noch Generationen herumschlagen. Ich hoffe sehr, dass die Initiatoren beider Bewegungen ihren Kindern und Enkelkindern ihr Engagement gut erklären können.

Susanne Auffenberg, Sinzing

@ SCHREIBEN SIE UNS:
leserbriefe@mittelbayerische.de

Leserbriefe sind keine redaktionelle Meinungsäußerung. Sie müssen sich auf Veröffentlichungen unserer Zeitung beziehen. Bitte fassen Sie sich kurz. Damit viele Leser zu Wort kommen, behalten wir uns das Recht auf Kürzungen vor. Leserbriefe mit beleidigendem oder unwahrem Inhalt werden ebenso wie anonyme Zuschriften (deswegen für Rückfragen Ihre Telefonnummer angeben) nicht veröffentlicht.